

islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen

Hürriyet

- Montag, 26.02.07 – Berlin behindert islamischen Religionsunterricht

Bei einem Treffen zwischen Mitgliedern des Gemischten Parlamentsausschusses EU-Türkei und den Vertretern türkisch-islamischer Organisationen in Köln wurde beklagt, dass es in Deutschland Schwierigkeiten mit dem islamischen Religionsunterricht gäbe. Die Verbände beklagen die ungerechte Behandlung seitens deutscher Institutionen. Fikret Ekin, Vorsitzender der Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa (ATIB): „Deutschland will uns assimilieren. Natürlich gehen die Wege zur Assimilation über die Religion und die Sprache.“ An dem Treffen nahmen u.a. die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), die Föderation Türkischer Elternvereine etc. teil.

- Donnerstag, 01.03.07 – Lehrer für deutschsprachigen Religionsunterricht

Hürriyet berichtet über den erfolgreichen Abschluss der angehenden Lehrer für Islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache. An der Universität Osnabrück wurden zwei Jahre lang 24 türkischstämmige Lehrer im Fachbereich Erziehungs- und Kulturwissenschaften ausgebildet. Das Pilotprojekt wurde vom niedersächsischen Kultusministerium finanziert und erhielt auch Unterstützung von der Theologischen Fakultät der Universität Ankara. Das Studium umfasste virtuelle Seminare, die Teilnahme an Konferenzen und den Besuch von Sommerakademien in der Türkei.

Sabah

- Montag, 26.02.07 – Integrationsgipfel und Islamkonferenz sind nur eine Show

Sevim Dagdelen, Bundestagsabgeordnete (Die Linke.PDS), behauptet, dass der Integrationsgipfel und die Islamkonferenz nur eine Show seien, weil bisher keinerlei Vorschläge im Parlament umgesetzt wurden. Die türkischstämmige Politikerin in der Sabah wörtlich: „Meiner Ansicht nach ist der Grund für diese Show, dass einerseits nach außen hin vorgegeben wird, man unternehme etwas, und andererseits, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen lahm gelegt werden, damit ihre Kritik weniger und somit ineffektiv wird.“

- Montag, 26.02.07 – „Wort zum Freitag“ im Fernsehen verursacht Verärgerung

Die Absicht des ZDF ein „Wort zum Freitag“ für Muslime auszustrahlen, löst Bedenken bei Markus Söder, Generalsekretär der CSU, aus. Sabah zitiert Söder: „Deutschland braucht keinen Moschee-Sender. Dafür sind Gebührengelder nun wirklich nicht da. Ein ‚Wort zum Freitag‘ fördert nicht die Integration, sondern bestärkt Parallelgesellschaften. Anstatt über Islamkunde zu reden, sollte mehr über unsere Werte und Alltagskultur berichtet werden.“ ZDF-Sprecher Walter Kehr bekräftigte in einer Erklärung, dass jegliche Entscheidungsgewalt beim Sender liege, und der Weitergang des Projektes noch offen sei.

Milliyet

- Montag, 26.02.07 – Für Gül: „Islamische Holding“-Überraschung

Beim Treffen mit Außenminister Abdullah Gül in Ankara konfrontierten die türkischstämmigen Abgeordneten ihn mit der Forderung, dass in der Türkei mehr für die Opfer des „Grünen Kapitals“ in Europa unternommen werden sollte. Die Abgeordneten verlangten, dass die Inhaber islamischer Holdings festgenommen werden sollten, da sie tausende Anleger betrogen hatten. Außerdem sei auch ihr Besitz zu beschlagnahmen. Der türkische Außenminister kündigte an, dass man sich mit der Thematik befassen werde, so die Milliyet.

Zaman

- Samstag, 24.02.07 – Muslime in Österreich tendieren nicht zum Terrorismus

Die Terrorismusabteilung des Verfassungsschutzes in Österreich habe mitgeteilt, dass Muslime in Österreich nicht zum Terrorismus tendierten. Auch in der kürzlich erschienenen Reihe „Muslime in Österreich“ der Zeitung „Der Standard“ wurde publiziert, dass bei den Beobachtungen seit dem Jahr 2001 keinerlei Anzeichen für terroristische Aktivitäten festzustellen seien. Im Verfassungsschutzbericht 2006 stehe, dass es in Österreich keine radikal-islamistischen Organisationen wie die „ Hamas“ gäbe. Im Bericht hieß es weiter, dass es zwar in einigen Moscheen Hassprediger gäbe, aber diese unter Beobachtung stünden.

- Dienstag, 27.02.07 – Diyanet will Umfrage in Europa machen

Zaman berichtet, dass das türkische Amt für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) beabsichtige, eine Umfrage in Europa durchzuführen, um im Ausland bessere religiöse Dienste leisten zu können. Allen voran wolle man in Deutschland eine groß angelegte Umfrage starten. Besonders für die Themengebiete „Frauen“ und „Familie“ strebe Diyanet verbesserte Dienstleistungen an. Diese Fragen wurden bei dem zweitägigen Symposium „Religion in der modernen Gesellschaft“, das vom Goethe Institut an der Istanbuler Bilgi Universität veranstaltet wurde, behandelt.

Den wöchentlich erscheinenden **Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen** finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:

Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe

www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff